



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81881 - 83
Fernschreiber 0886890

P/XIII/148 - 5. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Am Ende der Haushaltsschlacht Eine notwendige Schlussbetrachtung	69
3 - 4	Fortschritt der USA-Demokratie Von unserem amerikanischen Korrespondenten	74
4 a	Gibt es noch Gemeinsamkeit? Die Gefährdung der neuen deutschen Demokratie	55
5	Das Spiel mit dem Feuer Der Libanon angesichts einer Intervention	50
6	Die Frage nach der "Sachkennern" Sie blieb unbeantwortet	28

* * * * *
* * * * *

5. Juli 1958

Am Ende der Haushaltsschlacht

FB. Die 6 1/2tägige Haushaltsschlacht um den Etat 1958 ist geschlagen. Wenn man in militärischen Kategorien weitersprechen will, dann könnte man sie als Abwehrschlacht bezeichnen, denn die Koalition hat, bis auf zwei unwesentliche Ausnahmen, alle Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt. War es deshalb ein Sieg? Keinesfalls, denn was hat diese Mehrheit gewonnen? Eine Schlacht gegen die Vernunft, gegen sozial- und wirtschaftspolitisch gerechtfertigte Anliegen. Auf solche Siege, die die CDU/CSU nur mit der Starrheit der grösseren Mandatszahl erlöst, braucht sie wahrhaftig nicht stolz zu sein.

Da es heute üblich ist, vom Klima zu sprechen, auch einige Worte dazu. Von "dem" Klima bei den Haushaltsberatungen kann man allerdings nicht reden. Die sechs Tage sind nämlich klimatisch höchstens mit einer finnischen Sauna zu vergleichen. Es war mal heiss und es war mal kalt. Es wechselten erregte politische Auseinandersetzungen mit langen Passagen sachlicher Auseinandersetzung auf hohem parlamentarischen Niveau. Gegenstände, die in früheren Jahren fast mit Sicherheit zu Tumulten führten, wurden diesmal sachlich abgehandelt, und an Stellen, wo man glaubte, Langweile voraussagen zu können, knisterte es vor Erregung.

Das ist im Grunde genommen ein gutes Zeichen, ein Zeichen dafür, dass dieses Parlament nicht nur noch in ausgefahrenen Gleisen und vorgebahnten Wegen läuft und trotzelt. Wer hätte es beispielsweise noch erwarten können, dass dieser Bundestag mitten im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf noch einen dünnen Steg zu einer gemeinsamen aussenpolitischen Aktion finden würde? Selbstverständlich ist man von einer gemeinsamen Aussenpolitik noch Meilenweit entfernt, aber auf der anderen Seite sollte dieser kleine Ansatzpunkt nicht verachtet werden.

Neben Licht aber gab es viel, viel Schatten. Und einer der betrüblichsten dieser Schatten ist, dass gewisse Teile der Koalition und einige Bundesminister einfach das Verleumdete nicht lassen können. Sie wollen nicht von dem beliebten Propagandaschema lassen, die SPD in die Nähe der Kommunisten zu rücken. Aber gerade in dieser Hinsicht hat es in den Debatten einen Höhepunkt gegeben, der lange nicht zu vergessen sein wird. Wir meinen die Auseinandersetzung zwischen Herbert Wehner und dem Bundesinnenminister. Wer hätte es Herbert Wehner übelnehmer können, wenn er angesichts der unvorstellbaren Hetze, der persönlichen Beleidigungen und Diffamierungen, die im Wahlkampf gegen ihn erhoben worden sind, einfach aus der Haut gefahren wäre? Er hat es nicht getan. Er hat in sachlich eindrucksvoller Weise seinen und

5. Juli 1958

der Sozialdemokratischen Partei Standpunkt vorgetragen, ein Bekenntnis zur Freiheit abgelegt und in innerer Erregung selbst vor seinen Verleumdern ein Stück des wahren Menschen Herbert Wehner enthüllt. Fünf Stunden nach dieser erregenden Debatte sind in den letzten abendlichen Wahlversammlungen die CDU/CSU und der Bundeskanzler wieder losgetobt, und das letzte Wahlinserat ist ein Bubenstück hinterhältigster Art. Wir haben auf der anderen Seite keinen Zweifel daran, dass ein Teil der CDU - und wäre es nur ein Bruchteil! - an diesem Tage Scham vor der eigenen Verzerrungspropaganda empfunden hat.

Aber eine Haushaltsdebatte besteht nicht nur aus Reden und Gegenreden, sondern am Schlusse stehen Abstimmungen. Und dieser letzte Teil hat leider wiederum gezeigt, dass man in dieser Hause, wenn es auf Hieb und Stich geht, kaum noch überzeugen kann. An einem einzigen Beispiel ist das zu demonstrieren. Jedermann weiss, wie schrecklich die Unfälle an den unbeschränkten Bahnübergängen sind. Jedermann weiss, dass man Geld braucht, wenn nicht weitere Menschenleben in Gefahr gebracht werden sollen. Trotzdem hat die Koalitionsmaschine die geforderten 30 Millionen DM - das ist noch nicht einmal ein Tausendstel der Etatssumme - glatt abgelehnt. Hier ist wirklich nicht mit Verstand, sondern nach der Methode eines sturen Roboters abgestimmt worden. Das gleiche gilt für die vielen Anträge der SPD, die man so überrollt hat. Aus den Reden und Debatten ist mancher Gewinn aus den diesjährigen Etatberatungen zu ziehen. Aus den Abstimmungen leider nicht.

Vielleicht scheint es manchen verfrüht, wenn man jetzt schon den Ruf nach dem Etat 1959 erhebt. Die Hetze von 1958 aber sollte sich nicht mehr wiederholen. Deshalb ist die Forderung berechtigt, den neuen Etat wenigstens im Dezember dieses Jahres vorzulegen, damit man vier oder fünf Monate Zeit hat, ihn gründlich zu prüfen. In diesem Jahr hatte man oft den Eindruck, dass über Millionen und Milliarden mit einer Handbewegung beschlossen worden ist. Das sollte sich nicht mehr wiederholen, denn Regierung und Parlament haben nicht nur die eigene Würde zu bewahren, sie haben mit einer gründlichen Beratung auch ihre Achtung vor dem Steuerzahler zu bekunden, der die diesjährigen 38 Milliarden DM und auch die neuen Milliarden aufbringen muss.

Fortschritt der USA-Demokratie

Von unserem amerikanischen Korrespondenten

Washington, Anfang Juli

Wie selten Beschlüsse sind, die volle bundesstaatliche Rechte an ein amerikanisches Territorium verleihen und wie lange es dauert, bevor der amerikanische Kongress sich zu einem solchen Schritt entschliesst, zeigt die Tatsache, dass zum letzten Mal im Jahre 1912 ein Land, nämlich Arizona, in die Union als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen wurde. Es hat viele Jahre gedauert, bevor Alaska, obwohl nach allen politischen Standards für reif befunden, in die Union aufgenommen wurde. Hawaii, das in der Regel gemeinsam mit Alaska als Kandidat für volle Mitgliedschaft im amerikanischen Bundesstaat genannt wurde, hat sein Ziel noch nicht erreicht.

Vertretung im Kongress in Washington

"Statehood", die Verleihung der vollen bundesstaatlichen Rechte, bedeutet vor allem das Recht auf Selbstverwaltung unter einem freigewählten Gouverneur, ein eigenes Landesparlament und vor allem das Recht, sowohl im Repräsentantenhaus wie im Senat vertreten zu sein. Schon bisher hat Alaska gewisse Selbstverwaltungsrechte ausgeübt, aber im Kongress war es nur durch "Beobachter" ohne Stimmrecht vertreten. Nun wird Alaska - der Flächenausmass nach der grösste und der Bevölkerungszahl nach der kleinste Bundesstaat - einen Abgeordneten und zwei Senatoren wählen. Die Gesamtzahl der Senatoren wird auf 98 erhöht werden; Alaska wird mit seinen 167 000 Einwohnern ebenso viele Vertreter im Senat haben wie New York oder Kalifornien mit je 16 Millionen Einwohnern.

Kräfteverschiebung im Senat?

In der Veränderung der Gesamtzahl der Senatoren und daraus möglicherweise resultierenden Kräfteverschiebungen liegt eine der wichtigsten politischen Seiten des verfassungsmässigen Aufstieges Alaskas. Im Senat bedroht der Filibuster, die Obstruktion jeder parlamentarischen Arbeit, insbesondere jeden Fortschritt in der Rassenfrage. In diesem "vornehmsten Klub der Welt", wie man in Washington gern den amerikanischen Senat nennt, gibt es keine Redebeschränkung. Darin ist die Macht der südlichen Senatoren begründet, die "weisse Suprematie" aufrechtzuerhalten. Im Senat ist nämlich Zweidrittelmehrheit nötig, um eine Debatte zu schliessen oder Redezeiten zu beschränken. Ohne einen

5. Juli 1958

solchen Beschluss, der die machtbewussten und fortschrittfreundlichen südlichen Vorkämpfer der "weissen Suprematie" in demokratische Fesseln legt, ist ein wirklicher Fortschritt in der Rassenfrage nicht möglich. Die beiden Senatoren, die aus Alaska nach Washington kommen werden, dürften, was auch sonst ihre politische Färbung sein mag - die Bevölkerung Alaskas ist traditionell demokratisch - keinesfalls mit den Rassenhetzern aus dem Süden stimmen. Die Männer, die von Eskimos, Indianern, Aleuten und Weissen des neuen Bundesstaates gewählt werden, dürften zu den fortschrittlichen Männern im Senat gehören und jedenfalls mithelfen, zu gegebener Zeit den entscheidenden parlamentarischen Schritt für eine fortschrittliche Lösung der Rassenfrage im Süden zu tun.

"Anschauungsunterricht" für Alaskas Nachbarn

So werden unter Umständen die politischen Rechte, die nun Eskimos, Indianer und Aleuten-Bevölkerung in Alaska erhalten, den Negern im Süden zu Gleichberechtigung und voller Ausnutzung ihrer verfassungsmässigen Rechte verhelfen. Es ist ein Beispiel der Fernwirkung der Demokratie und der Verknüpfung jedes politischen Fortschritts mit dem Kampf um Freiheit, wo immer er auch geführt werden mag.

Als eine Demonstration der Wirksamkeit und Fruchtbarkeit der Demokratie ist der viele Jahre umkämpfte Beschluss des amerikanischen Kongresses zu verstehen. Die Verleihung voller bundesstaatlicher Rechte gerade an jenes Gebiet der USA, das unmittelbar an die Sowjetunion grenzt, ist auch als ein symbolischer Akt gedacht: als ein Bekenntnis zu voller Selbstverwaltung und Selbstbestimmung aller noch abhängigen Völker. Der "Anschauungsunterricht", den die Amerikaner damit geben wollen, ist zweifellos eine der tiefsten Ursachen, die die amerikanischen Gesetzgeber bewegen haben mag, nach vielen gescheiterten Versuchen, die vollen staatsbürgerlichen Rechte an Alaska zu verleihen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Kongress der Vereinigten Staaten mit diesem Schritt in die Richtung des Fortschrittes, der Demokratie und der Lösung eines der peinlichsten und schmerzhaftesten Probleme der USA gegangen ist. Wenn man die Massnahme für Alaska neben der Bedeutung, die sie für Alaska, für die verfassungsrechtliche Entwicklung der USA und für die Ausgestaltung der amerikanischen Demokratie hat, unter dem Gesichtspunkt der Ost-West-Propaganda betrachten will, dann war dies die richtige, die wirksame Propaganda, nämlich die durch die fortschrittliche Tat. Wenn sich die Amerikaner zu mehr Aktionen der positiven Propaganda der Tat und des demokratischen Fortschrittes entschliessen könnten, wären sie in den geistigen und politischen Ringen mit der Sowjetunion bereits viel weiter.

Gibt es noch Gemeinsamkeit?

Der. Die deutsche Innenpolitik geht unruhigen Zeiten entgegen. Fast kaum mehr sind die Fäden, die die grossen Parteien in der Bundesrepublik, die Sozialdemokratie und die CDU, noch miteinander verbinden. Die Kluft des Misstrauens wird grösser. Die Bundestagsdebatte um den Haushaltsplan für das Jahr 1958 erlitt erschreckende Symptome einer Verhärtung und Ausbrüche von Leidenschaften, wie sie der Bundestag bisher kaum in solcher Schärfe zu verzeichnen hatte.

Es war das grosse Verdienst des früheren Innenministers Heinemann, auf die Ausgangsposition des Jahres 1945 hingewiesen zu haben. Unter der Wucht der furchtbaren Erfahrungen des zweiten Weltkrieges und unter dem Eindruck des grössten Absturzes, den das deutsche Volk je erlebt hat, fanden sich in allen Schichten der Bevölkerung Männer und Frauen zusammen, die entschlossen waren, die Sünden der Vergangenheit nicht mehr zu wiederholen und die für eine lebendige Demokratie so notwendigen Parteiengegensätze so auszutragen, dass sie das demokratische Fundament nicht zerstören. In allen demokratischen Parteien gibt es Männer und Frauen, die durch ihr Eintreten für religiöse und humanistische Werte und durch ihren Kampf gegen den Unrechtsstaat des Dritten Reiches vor dem deutschen Volk und vor der Welt die Existenz eines anderen Deutschland besiegten. Der Kitt gemeinsamen Leidens und gemeinsamen Erkenntnisses zu unverzichtbaren Werten sollte - so konnte man damals meinen - genügend stark sein, um ein gutes demokratisches Fundament zu schaffen. Ohne eine gesicherte, sich an den Postulaten der Menschenrechte und sozialen Gerechtigkeit orientierende Demokratie ist das deutsche Volk verloren.

Gibt es heute noch ein gemeinsames Wollen der beiden grossen Parteien in Grundfragen der deutschen Politik?

Mit schmerzlicher Betrübnis muss festgestellt werden, dass diese Gemeinsamkeit heute den grössten Gefahren ausgesetzt ist. In einer Demokratie und in der besonders gefährdeten Lage, in der sich das gesplittete deutsche Volk befindet, geht es einfach nicht an, eine so starke und demokratisch zuverlässige Partei wie die Sozialdemokratie sozusagen als einen nationalen Feindkörper zu misshandeln und ihre Politik als eine Politik, die zum Bolschewismus führt, vor dem deutschen Volk zu diskreditieren. Hitler wusste schon, was er tat, als er in den Zwanziger und zu Beginn der Dreissiger Jahre seine Dreckschleusen gegen die Sozialdemokratie öffnete. Damit zerstörte er die Kraft, die den Weimarer Staat mit trug und die, so lange sie wirksam war und wirken konnte, die Gewähr für eine Politik des Friedens nach innen und nach aussen bot.

Die Erinnerung an jene düsteren Jahre dämmert auf, wenn man die Propaganda der heutigen CDU und die Reden zahlreicher ihrer führenden Männer gegen die Sozialdemokratie auf sich einwirken lässt. Von Adenauer stammt das böse Wort, er werde alles tun, um zu verhindern, dass die Sozialdemokratie an die Macht kommt. Wird hier nicht wiederum - und das hat Heinemann ja so stark hervorgehoben - mit einer solchen Zielsetzung des gegenwärtig verantwortlichen Regierungschefs ein grosser Teil der deutschen Nation in die politische Wüste verwiesen? Die deutsche Demokratie, die eine mehr als hundertjährige Geschichte aufweist und von der die deutsche Sozialdemokratie als ein so prägender Faktor nicht wegzudenken ist, ging zugrunde und musste vor autoritären und totalitären Kräften weichen, weil sie es nicht verstand, die in der Sozialdemokratie vereinigten Teile des deutschen Volkes mit dem Gesamtteil der Nation zu integrieren.

Soll sich dieses Drama wiederholen? Wir sind nicht weit davon.

Das Spiel mit dem Feuer

H.E.D. Mitten in die Vorbereitungen zum Besuch des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles in Paris platzte die Erklärung eines französischen Regierungssprechers, sein Land betrachte die Berichterstattung des UN-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld in der libanesischen Frage als unzureichend. Aus diesem Grunde behalte sich Frankreich das Recht vor, jederzeit nach eigenem Ermessen im Libanon zu intervenieren, falls die persönliche Sicherheit dort lebender Franzosen bedroht sei. Dies ist eine Sprache, deren drohender Unterton peinsame Erinnerungen an die Suez-Aktion der Briten und Franzosen im November 1956 hervorruft. Und unbezweifelbar glaubt man in Paris, es sei angebracht, dem amerikanischen Gast recht unmissverständlich die Stellung der Regierung de Gaulle zu den Auseinandersetzungen in der Levante darzulegen, noch ehe dieser in der Lage wäre, im persönlichen Gespräch mit dem französischen Staatschef die Haltung der Vereinigten Staaten als Druck zur "Käsigung" benutzen zu können. Zum Erstaunen gewisser Kreise in Amerika und Europa und im Gegensatz zu früheren Äußerungen hatte Dulles auf seiner letzten Pressekonferenz eine Intervention der USA zugunsten des libanesischen Staatspräsidenten Camille Schamun als nicht wahrscheinlich hingestellt. Offensichtlich hatten die Berichte des UN-Generalsekretärs beim amerikanischen Außenminister einen stärkeren Eindruck hinterlassen als die Befürworter eines militärischen Eingreifens der USA gedacht hatten, zu denen sich kürzlich auch der Chef des vereinigten Wehrmachtstabes der USA, Luftwaffengeneral Twining, gesellte.

Es ist einleuchtend, dass das Verhalten Hammarskjölds allen den Regierungen und politischen Gruppen eine "tiefe Enttäuschung" bereitet, die gehofft hatten, unter dem moralischen Schutzmantel der Vereinigten Nationen "Rache für Suez" zu nehmen und an dem Staatschef Nasser ihr Mütchen zu kühlen. Der UN-Generalsekretär aber hatte ihnen dieses Rezept verdorben. Was verwundert also, wenn man nun daran geht, auf direktem Wege, in der Form einer Intervention, die Dinge zurechtzurücken und das Spiel um Einfluss und Macht im Nahen Osten für sich zu entscheiden?

Die französische Erklärung ist nur die vorläufig letzte Etappe in einer Entwicklung, die mit dem Besuch des Ministerpräsidenten der irakisch-jordanischen Union, Nuri as-Said, in London begann. Zusammen mit der Stationierung von starken Fallschirmjägerverbänden auf Zypern wurde der Plan einer irakischen Intervention im Libanon ausgearbeitet, an der sich, entsprechend den Überlegungen von Downing-Street auch die übrigen Partner des Bagdad-Paktes beteiligen sollten. Die überraschende Reise des Schahs von Persien nach Washington, der Besuch Macmillans in Paris und die Zusammenkunft eines Abgesandten von Ibn Saud mit dem irakischen Außenminister Charles Malik bereiteten den Ufmarsch der Kräfte in Nah-Ost vor. Das Spiel mit dem Feuer der Intervention kann beginnen. Über eines sollten sich die Strategen der Intervention im Libanon nicht hinwegtäuschen: dass dieses Unternehmen zu bewerkstelligen ist, ohne den Hexenkessel zwischen Mittelmeer und Persischem Golf in die Luft zu sprengen. Ob es Amerika gelingt, in letzter Minute verhandelnd einzugreifen, wie im Falle Suez, ist möglich, aber nicht wahrscheinlich. Man kann nur mehr hoffen.

Die Frage nach den "Sachkernern"

G.H. Die sieben moraltheologischen Gelehrten, die in einem "Lehrstück" genannter Aufsatz die Atompolitik der Bundesregierung moralisch und theologisch zu untermauern versuchten, beriefen sich in eben diesem "Lehrstück" zuletzt auf das "Urteil gewissenhafter Sachkenner" (der Physik), von denen sie, die Moraltheologen, erfahren haben wollten, dass man Atombomben "kontrollieren", sie also auch anwenden könne.

Der Rektor der Pädagogischen Akademie in Münster, Professor Dr. Walter Rest, erblickt in der Nichtnennung der Namen dieser "Sachkenner" einen "Mangel, der Rang und Würde moraltheologischer Aussagen in die Schranken fordert". Dieser Mangel könne, nach Rest, "nur behoben werden, wenn die Theologen sich entschliessen könnten, ihre Sachkenner zu benennen, so wie in jeder sauberen wissenschaftlichen Arbeit der Quellenachweis geführt werden muss".

Diese vor Wochen von Prof. Rest gestellte Frage nach den "Sachkennern" ist bis heute nicht von den Moraltheologen beantwortet worden, was ein sehr bezeichnendes Licht auf diese ihre Quelle wirft. Dass die Quelle des "Lehrstücks", das von den katholischen Organisationen in abertausend Stücken verbreitet worden ist (der Verlag des "Mann in der Zeit" meldet allein in wenigen Tagen drei Auflagen!), ohnehin ein wenig trüb zu sein scheint, geht aus der weiteren Feststellung des Professors Rest hervor, dass die "Sieben" nicht etwa nach langen gewissenhaften Beratungen (wie die 18 Göttinger) zu ihrem "Lehrstück" gekommen sind, sondern dadurch, dass einer von ihnen es verfasste und es als "Zirkular" umherschickte, das die andern Herren nur zu unterzeichnen brauchten. Es genügte ihnen vermutlich die Erkenntnis, dass das "Lehrstück" den Gehorsam gegen die Bonner Politik lehrte, um sie zur Unterschrift zu bewegen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel